AP (li. o.); AFP / DPA (li. u.); DPA (re.)

Ermordung eines israelischen Soldaten durch Palästinenser in Ramallah, israelischer Vergeltungsangriff: *„Durst nach Blut und Tränen“*

NAHOST

„Schlachthaus der Religionen“

Der blutige Donnerstag von Ramallah drängte Israelis und Palästinenser an den Rand des Krieges. Unversöhnlicher denn je stehen die Scharfmacher einander gegenüber. Trotzdem versuchen Politiker aus Ost und West, die verfeindeten Nachbarn wieder an einen Tisch zu zwingen.

Jassir Arafat und Ehud Barak umschlangen sich auf dem Rasen vor der Blockhütte wie alte Bekannte, die sich nicht loslassen konnten oder wollten. Sie überboten sich geradezu an Höflichkeit, wer zuerst durch die Tür zum Verhandlungszimmer gehen sollte – „Du zuerst“, „Nein, du“. Sie schoben, drückten, klammerten, lachten. Die Tür zum Frieden schien weit offen zu stehen.

So nah sei man sich gewesen, so verdammt nah wie nie an einem umfassenden Vertrag und einem permanenten Nahost-Frieden, meinte der amerikanische Präsident Ende Juli in Camp David. Weder Mitglieder der israelischen noch der palästinensischen Delegation, die Bill Clinton nach Camp David zwangsgeladen hatte, widersprachen dieser Einschätzung.

Zum ersten Mal hatten die Israelis dabei einer Teil-Internationalisierung unter Uno-Aufsicht zugestimmt, die Palästinenser sollten Selbstverwaltung und eine beschränkte Souveränität über Teile Ost-Jerusalems erhalten.

Es kam nicht zu einem Abkommen. Die Verhandlungsführer vertagten sich. Das lag diesmal vor allem an Arafat, der wegen seiner Verweigerung als umfeierter Held in die Heimat zurückkehrte, Barak empfing wegen seiner Zugeständnisse eisiges Schweigen selbst in seinem Kabinett.

Vorvergangene Woche sah die Situation dann schon bedenklicher aus. Zwar hatte der Palästinenser-Präsident am 25. Sep-

tember eine halbe Nacht lang bei dem israelischen Premier auf der Couch in dessen Privathaus gesessen, aber jetzt, in Paris, mochten Arafat und Barak nicht mehr gemeinsam auftreten. Die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright empfing sie getrennt in der US-Botschaft in der französischen Hauptstadt.

Arafat verlangte eine internationale Untersuchungskommission für die blutigen Auseinandersetzungen, bei denen scharfe Schüsse der israelischen Armee viele Palästinenser getötet hatten. Albright bot eine gemeinsame Untersuchung der Vorfälle an.

Arafat lief empört über diese „Einseitigkeit“ aus dem Zimmer, Albright mit ihren hochhackigen Schuhen hinterher.

„Schließt die Tore!“, herrschte sie ihre Botschaftsleute an, als sie merkte, dass der Palästinenser-Chef nicht mehr einzuholen war, der „Gefangene“ konnte das Terrain nicht verlassen, kehrte noch einmal an den Verhandlungstisch zurück. Wieder stand es Spitz auf Knopf. Wieder scheiterte die amerikanische Vermittlung, womöglich weil Arafat das amerikanische Kompromissangebot, auch einen „neutralen“ Norweger in die Kommission zu berufen, nicht rechtzeitig erreichte.

Tragisch, und manchmal auch ein bisschen komisch: Die Geschichte des Streits zwischen Israelis und Palästinensern ist eine Geschichte vom Hass zweier Völker, die beide mit gutem Recht Ansprüche auf ein Land stellen, das ihnen heilig ist. Es ist aber auch eine Abfolge der verpassten Chancen, ausgelöst durch den mangelnden Mut der politischen Führer, ihre Bürger auf das Unvermeidliche eines schmerzlichen Kompromisses einzustellen – und ihre Lust, den bequemeren Weg zu gehen, sich durch Härte und militärische Kampfbereitschaft zum Nationalhelden zu stilisieren.

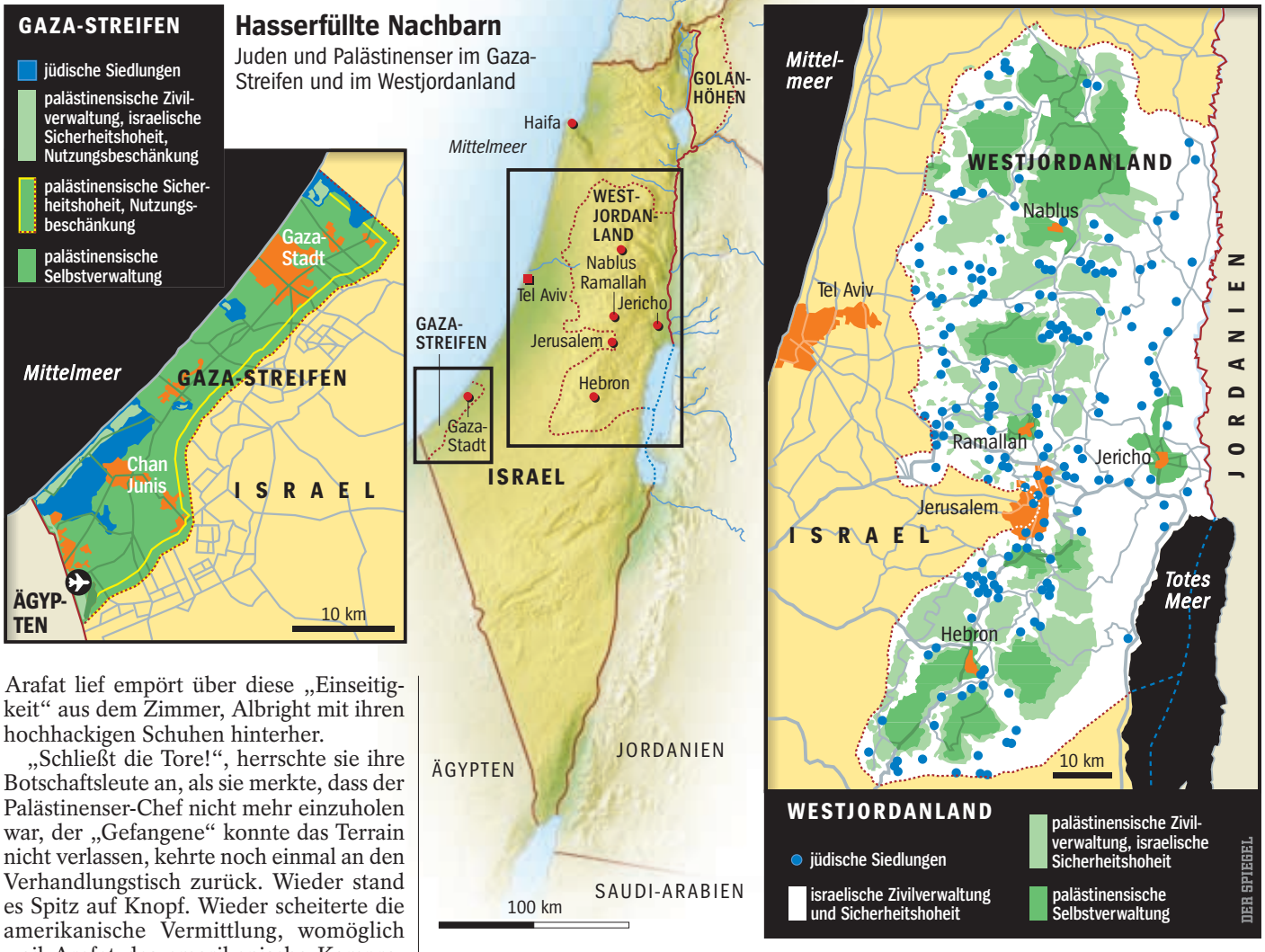
Seit dem „Blutigen Donnerstag“, an dem vergangene Woche das Land in einer Orgie von Gewalt unterzugehen drohte, sieht es jedenfalls so aus, als hätte die Diplomatie einstweilen keine echte Chance mehr. Der Friedensprozess, der vor sieben Jahren in Oslo so hoffnungsvoll begann und der bis vor wenigen Tagen noch zu retten schien, muss von neuem gestartet werden – gegen den erheblichen Widerstand der Hauptakteure.

Israels Premier sagte: „Arafat ist kein Friedenspartner mehr.“ Der Palästinenser-Präsident entgegnete: „Sie haben uns den Krieg erklärt.“ Im Nahen Osten droht eine größere bewaffnete Auseinandersetzung – mit unübersehbaren Folgen für die Region, für die ganze Welt.

Wie ein Seismograf reagierte die internationale Wirtschaft auf das Beben. Der deutsche Dax, zuvor im Plus, verlor 100 Punkte, der Dow Jones in New York fiel um 382. Der Ölpreis aber stieg dramatisch,

AFP / DPA

Kontrahenten Scharon, Barak
„Hier gibt es kein Mitleid“



REUTERS

Autonomiechef Arafat, verletzter Aktivist
„Sie haben uns den Krieg erklärt“

zeitweise auf 37 Dollar. Und in manchen arabischen Hauptstädten wurde schon von der „Ölwaffe“ geraunt, die man ja gegen den Westen einsetzen könnte.

US-Präsident Clinton warnte wie Bundeskanzler Schröder dringend vor einer weiteren Eskalation. Die könnte sich womöglich gegen westliche, vor allem US-amerikanische Einrichtungen wenden: Am selben Tag als der Mob im Westjordanland mordete, ließ jedenfalls im Hafen der jemenitischen Stadt Aden ein Selbstmordkommando eine Sprengstoffladung hochgehen, um den amerikanischen Zerstörer „USS Cole“ zu versenken (siehe Seite 250).

Praktisch alle wichtigen internationalen Politiker drückten ihre große Sorge aus und boten in Gesprächen mit den Nahost-Führern ihre Vermittlung an. Am vorvergangenen Wochenende hielten sich der Uno-Generalsekretär Kofi Annan sowie der britische Außenminister Robin Cook und der EU-Chefaußenpolitiker Javier Solana in der Region auf. In Frankreich rief Präsident Jacques Chirac beide Seiten zur Mäßigung auf, Tausende wütender Demonstranten gingen für die Palästinenser auf die Straße, in Paris und Toulouse versuchten Extremisten, fünf Synagogen in Brand zu setzen.

In den USA geschah Unerhörtes: Präsidenten-Gattin Hillary Clinton griff bei einer pro-israelischen Demonstration die angeblich pro-arabische Politik der Regierung Clinton an – sie braucht die Wählerstimmen der New Yorker Juden, sie will Senatorin werden.

Konkreter Auslöser für die nahöstliche Katastrophe war der Fahrfehler eines 33-jährigen israelischen Reservisten. Er bog mit seinem Auto an der falschen Stelle ab und fuhr, offensichtlich nichts ahnend, mit seinen Kameraden direkt hinein nach Ramallah. Die Stadt liegt 15 Kilometer nördlich von Jerusalem und wird von den Palästinensern verwaltet.

Am vergangenen Donnerstag war Ramallah ein Ort in Aufruhr: Nachdem die israelische Armee tagelang arabische Steinewerfer beschossen hatte und bei Straßenschlachten mehr als hundert Menschen (darunter zehn Israelis) ums Leben gekommen waren, hatten sich dort zornige junge Demonstranten zu einer Protestkundgebung versammelt.

Die Palästinenser-Polizei brachte die uniformierten Israelis zum Verhör auf die Wache. Der Mob drang in das Gebäude ein, die Polizisten konnten oder wollten die Festgenommenen nicht schützen. Zwei starben durch Messerstiche und Tritte, der dritte wurde vermutlich schwer verletzt. Die johlenden Täter warfen eines ihrer Lynch-Opfer aus dem Fenster, bespuckten und traten den leblosen Körper, zündeten ihn an und zerrten ihn durch die Straßen.

Die Fernsehbilder schockierten die Welt – und konnten die Israelis, die eine besondere Loyalität gegenüber ihrer Armee und ihren Soldaten pflegen, nicht ruhen lassen. Im Gegenzug drehte nun Barak an der Spirale der Gewalt, Auge um Auge, Zahn um Zahn:

Kampfhubschrauber griffen mit Raketen die Polizeistation von Ramallah an, zerstörten die Fernsehstation, die Israel für die „Aufwiegelung“ der Palästinenser verantwortlich machte und bombardierten in Gaza-Stadt das Hauptquartier der Arafat-Leibwächter – keine hundert Meter vom Amtssitz des PLO-Chefs entfernt. In der Nacht zu Freitag nahmen sie sich Ziele in Hebron und Jericho vor.

Das palästinensische Autonomiegebiet wurde auf unbestimmte Zeit abgeriegelt. Überall an den Grenzen ließen Israelis Panzer vorfahren, vor der Küste von Gaza auch Kriegsschiffe. Gedacht war der massive Einsatz offensichtlich als Drohung und Demütigung: Seht her, ihr Palästinenser, unsere Macht – und was habt ihr?

Die israelische Regierung nannte ihre Übergriffe, die in Europa, aber auch in den USA als unverhältnismäßig empfunden wurden, „begrenzte Operationen“, die Rache sei „symbolisch“. Palästinensische Väter und Mütter, die zitternd vor Angst immer neue Blitze und donnernde Einschläge erlebten, die durch brennende Häuser und rauchverhangene Straßen irrten, konnten solche Worte nur als zynisch empfinden.

Palästinensische Intifada-Kämpfer (am vergangenen Donnerstag in Ramallah): *„Eine hochexplosive Mischung*

Verletzter Araberjunge in Jerusalem: *„Tag des Zorns“*

DPA

LEMOYNE / LIAISON / SIPA PRESS

S. ABBADY / BLACK STAR

aus Nationalismus und Religion“

Jüdischer Siedler bei Nablus: *„Hassen zu Gottes Ruhm“*

„Wenn Helikopter Raketen auf Zivilisten abfeuern, was soll das denn anderes sein als Krieg?“, fragte der Palästinenser-Sprecher und langjährige Friedensverhandler Sajib Erekat.

Präsident Arafat schlug mit seinen Terror-Waffen zurück: Er entließ nach den Militärschlägen Dutzende der wegen Attentaten in den Gefängnissen von Gaza-Stadt einsitzenden Kämpfer der radikalen Hamas – lange Zeit hatte er die Friedensfeinde auch als seine Feinde betrachtet und ihnen keine öffentlichen Auftritte gestattet. Nicht länger. Die militanten Kämpfer zogen in einem nächtlichen Triumphmarsch durch die Stadt und schworen jedem Israeli den Tod.

Letzten Freitag erklärte die Hamas zum „Tag des Zorns“ – einigermaßen ruhig blieb es nach dem Gebet in der Aksa-Moschee nur, weil die israelische Polizei mit einem Riesenaufgebot zur Stelle war. Und weil die Israelis nur Männer älter als 45 Jahre zur heiligen Stätte ließen – eine weitere Erniedrigung, die die Palästinenser den Besatzern nicht vergessen dürften.

„Rabin hat sich geirrt, wir alle haben uns geirrt“, schrieb Israels auflagenstärkste Zeitung „Jediot Acharonot“ in einem Anflug von Verzweiflung. „Zwischen dem Meer und Jordanien gibt es noch immer einen riesigen Durst nach Blut und Tränen.“

Ariel Scharon, 72, hat sich dagegen nicht geirrt und wird nicht müde, das zu betonen. Der Oppositionsführer vom rechtsgerichteten Likud ist der Beweis dafür, dass die Scharfmacher derzeit auch in Israel obenauf sind. Premier Barak will ihn jetzt in eine Notstandsregierung aufnehmen.

Scharon als Verteidigungsminister Israels – diese Vorstellung schockt nicht nur die arabische Welt: Der ehemalige Armeechef war nicht nur stets ein strikter Gegner des Friedensprozesses, sondern steht auch für den beschämendsten Vorfall der neueren jüdischen Geschichte: In den Flüchtlingslagern Schatila und Sabra bei Beirut massakrierten 1982 die maronitischen Verbündeten der Israelis unter den Augen der israelischen Militärführung Hunderte palästinensischer Flüchtlinge. Viel spricht dafür, dass Scharon auch die jetzige Krise bewusst provoziert hat.

„Wir Palästinenser haben seit Oslo nichts gewonnen und heute nichts zu verlieren“

Am 28. September hatte sich der Likud-Chef, begleitet von Medien und gesichert von Polizei-Hundertschaften, dazu entschlossen, den heiligen Tempelberg zu besuchen. „Mein gutes Recht, sogar meine Pflicht“, sagte der Mann, der sich vor einigen Jahren zum Entsetzen aller Friedensfreunde mitten in der seit dem Krieg von 1967 besetzten arabischen Altstadt Jerusalems ein Haus gekauft hat, dem US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“. Viele Juden sehen das aber anders, glauben sogar, dass ihre Religion ihnen einen Besuch auf dem Areal verbietet, auf dem die Aksa-Moschee steht.

Für gläubige Muslime jedenfalls ist der „Haram al-Scharif“, wie sie den Tempelberg nennen, nach Mekka und Medina die drittheiligste Stätte der Welt: Von hier ritt nach dem islamischen Glauben der Prophet Mohammed auf einem Wunderpferd gen Himmel.

„Wir wissen nicht, ob Scharons Besuch die schlimmere Provokation war oder die Tatsache, dass Barak diesen Besuch genehmigt hat“, sagt der arabische Israeli Asmi Bischara, Parlamentsmitglied in der Knesset. „Oder war es vielmehr die massive israelische Polizeipräsenz an der Moschee, das Massaker auf dem Platz vor der Aksa zur Gebetszeit am nächsten Tag?“

Für Scharon jedenfalls hatte die Eskalation nichts Außergewöhnliches, sie war seiner Meinung nach Folge einer verfehlten israelischen Politik. Die Barak-Regierung habe den Palästinensern Illusionen verschafft, sie besäßen irgendwelche Ansprüche auf irgendwelche Teile Jerusalems. Barak ist für ihn „ein schwacher Politiker“, den Arafat nach Gutdünken „manipuliert“.

Die Verhandlungen über „unser heiliges Jerusalem“ sind für Scharon nichts anderes als Frevel. Natürlich sind ihm die Siedler wichtig, deren Recht, im palästinensischen Stammland überall zu siedeln, er vehement verteidigt. Aber das Alpha und Omega, das jüdische Nonplusultra, die Stadt aller Städte – das ist ihm Jerusalem, die Unvergleichliche. Da erkennt er keine anderen Rechte an – genauso wenig wie die andere Seite.

Hier hat König David nach jüdischer Auffassung zum ersten Mal die Stämme Israels vereint, hat Salomon den Tempel für die heilige, von Mose überlieferte Bundeslade gebaut. Jerusalem ist Zion, Zentrum der jüdischen Identität, zu allen Zeiten Symbol des Zusammenhaltens in der Diaspora, Hoffnung auf Heimkehr der in alle Winde Verstreuten: Wo immer ein Jude in der Welt ein Haus baute, sollte eine Wand unfertig bleiben, um das Provisorium zu symbolisieren. „Nächstes Jahr in Jerusalem“ heißt der berühmte Gruß aus dem Pessach-Gebet.

Al-Kuds, die „Heilige“, nennen aber auch die Araber diese Stadt. Und auch die dritte große monotheistische Weltreligion verehrt den Bereich um den Tempelberg mit der Inbrunst ihres christlichen Glaubens: Die ganze Liebe, der ganze Hass konzentrieren sich auf ein gerade mal ein Quadratkilometer großes Areal, wo sich Felsendom, Klagemauer, Grabeskirche und

In der zweiten Reihe

Die Berliner Koalition scheut sich, zwischen Israelis und Palästinensern zu vermitteln – und hilft beiden Seiten mit Geld.

Seine aufbrausende Art legte Klaus Kinkel auch als deutscher Außenminister nie ganz ab. Er fühle sich „verhohnepiepelt“, ließ er die Israelis wissen, als die ihm 1994 bei der feierlichen Unterzeichnung des israelisch-jordanischen Friedensvertrages in der heißen Araba-Senke keinen Platz als Redner zugedacht hatten. Auf dem Podium zur Unterzeichnung der Urkunde saß stattdessen zusammen mit den Großen der Welt der damalige russische Außenminister Andrej Kosyrew. „Das Geld für ihren Beitrag zum Frieden haben die Russen von uns“, klagte Kinkel, „und wir sollen nur eine Zuschauerrolle haben?“

Im nahöstlichen Friedensprozess hat sich seither nicht viel verändert. Kein EU-Land hat mehr für die Umsetzung des Friedensprozesses von Oslo gezahlt als die Bundesrepublik. Doch einen Einfluss auf das politische Geschehen im Heiligen Land hat Deutschland deswegen noch lange nicht.

Über 870 Millionen Mark hat die Bundesrepublik seit 1993 für den Aufbau des autonomen Palästina zugesagt. Deutsche Finanz- und Technikhilfe unterstützte Arafat bei der Errichtung einer Infrastruktur in seinem Reich. Mit den Geldern aus Berlin wurden Kläranlagen gebaut, Wasserleitungen verlegt und Industrieparks eingerichtet. Sogar die Pässe der Palästinenser und ihre Briefmarken stammen aus der Bundesdruckerei.

Etwa 40 Milliarden Mark flossen bisher als Wiedergutmachung aus Deutschland nach Israel. Großzügig fördert die Bundesrepublik die israelische Wissenschaft und das Militär: Erst im vergangenen Jahr überließen die Deutschen den Israelis zwei U-Boote der Dolphin-Klasse im Wert von 600 Millionen Dollar.

Bewusst verzichteten die deutschen Regierungen bisher darauf, sich politisch in die Fehde der verfeindeten Nachbarn einzumischen – aus Rücksicht auf die Geschichte. Die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis, so der Konsens, verbiete den Deutschen von selbst, den Israelis Ratschläge zu erteilen oder gar Druck auszuüben. Briten und Franzosen haben – historisch unbefangener – da weniger Probleme: Wie in der vergangenen Woche haben sie die Israelis auch in der Vergangenheit wegen ihrer Besatzungspolitik kritisiert.

Groß war die Hoffnung der PLO-Funktionäre, von denen sich viele in Deutschland gut auskennen, dass die rot-grüne Regierung den bisherigen stark pro-israelischen Kurs verlassen könnte. Doch bald machte sich in Gaza Enttäuschung breit, besonders über den deutschen Außenminister: Joschka Fischer, so klagte ein hoher PLO-Funktionär, sei „noch philosemitischer als seine Vorgänger“. Seine starke Parteinahme für Israel beschädige sein Ansehen im arabischen Lager.

C. DITSCH / VERSION

Außenminister Fischer
Parteinahme für Israel?

Gerhard Schröder schaut nüchterner als sein Außenminister auf den Nahost-Konflikt. Ihm ist klar, dass die Palästinenser nur eine Friedensregelung akzeptieren, die sie das Gesicht wahren lässt und eine wirkliche Autonomie garantiert. Doch auch der Kanzler hat auf Nahost-Initiativen verzichtet.

Dabei könnte eine europäische Vermittlerrolle erfolgreicher sein als je zuvor. Arabische Regierungschefs und Arafat drängten die Europäer zu stärkerer Einmischung, um die übermächtigen USA als Mittler auszubalancieren.

Nur ein einziges Mal, 1997, hat die EU versucht, ökonomischen Druck auf die Israelis auszuüben, um sie auf die Einhaltung von Verpflichtungen aus dem Friedensprozess zu bewegen – ohne Erfolg: Auf die Androhung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen reagierten die Israelis prompt mit einem Verweis in die Vergangenheit. Zwangsmittel gegen Juden hätten in Mitteleuropa eine lange und blutige Geschichte, verkündete ein Regierungssprecher.

JÜRGEN HOGREFE

Einsatz israelischer Soldaten gegen Palästinenser

Dutzende anderer Sakralbauten aneinander reihen. Wo sich die Mauern, von Blut und Tränen getränkt, oft überschneiden.

Alles ist nur einen Steinwurf entfernt – was manche, auf den Dächern zwischen den engen Gässchen stehend und an die alten, sandsteinfarbenen Quader gedrückt, sehr wörtlich nehmen.

In anderen Städten wird man durch das Klappern der Müllabfuhr geweckt, vom Grölen der letzten Bargänger oder dem ersten Busfahrer. In Jerusalem fast immer von Gott. Den Anfang machen die Muezzins, die im Morgengrauen von ihren Minaretten die Größe Allahs verkünden und zum ersten der fünf täglichen Pflichtgebete rufen. Dann kommen die frommen Juden, die zum Gebet an die heilige Klagemauer eilen und zu Jahwes Lob in einen monotonen Singsang verfallen.

Christen streben zur Grabeskirche und preisen Gott und seinen Sohn. Bis kurz vor Mitternacht begehen die Katholiken ihre Messen, dann wecken die griechisch-orthodoxen Mönche ihre Geistlichen, deren Dienst beginnt. Um ein Uhr zelebrieren die Armenier ihre Mette, danach die Kopten – und enden frühmor-

DPA

in Ramallah: *„Exzessive Gewalt“*

gens, wenn der Ruf des Muezzin wieder ertönt.

So heilig ist die Stadt, dass man Atheist werden könnte. Immer ging es in der Stadt der Nachfahren des allen gemeinsamen Urvaters Abraham um Recht haben, Recht behalten, um den allein selig machenden, direkten Himmelskontakt. In Jerusalem war und ist der Allmächtige stets allgegenwärtig. Gott: ein Ortsgespräch.

Bekommen ist der „Hochgebauten“ diese Frömmigkeit nicht. Oft standen die Eroberer auf dem Ölberg, von David bis Dajan. Mehr als 40 Kriege tobten um „Jeruschalajim“, oft übersetzt als „Stadt des Friedens“. 17-mal wurde sie zumindest teilweise zerstört, ein Dutzend Mal wechselte sie die herrschende Glaubensrichtung. Das Jerusalemer Jahr, errechneten kürzlich Wissenschaftler, hat mehr religiöse Feiertage als Tage überhaupt.

„Schlachthaus der Religionen“ nannte Aldous Huxley dieses Jerusalem. Beim Propheten Sacharja in der Bibel heißt es: „Ich werde Jerusalem zur steinernen Last aller Völker machen.“

Womöglich ist Jerusalem genau das schon geworden. Der Schriftsteller und Stadtchronist Amos Elon sieht eine Gewaltspirale ohne Ende: Von denselben Mauern aus, die die Römer im Jahr 70 und die Kreuzritter im Jahr 1099 stürmten und von denen sie herunterschossen, zielen heute junge, wie angeblich einst David, mit Schleudern und Steinen bewaffnete palästinensische Kämpfer. „Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, soll mir die rechte Hand verdorren“ – dieser Vers des 137. Psalms war jahrhundertelang ein jüdisches Gebet, dann wurde es auch zum Kampfruf des PLO-Chefs Arafat.

Aber muss die Vergangenheit immer auch die Zukunft sein? Haben nicht trotz aller aufgeputschten Emotionen, trotz des Anspruchs der Israelis und Palästinenser auf „ihre“ Hauptstadt Jizchak Rabin, Schimon Peres und Jassir Arafat mit ihren Friedensverhandlungen in Oslo 1993 bewiesen, dass mutige Politiker die Lunte am heiligen Pulverfass löschen können?

Die späteren Friedensnobelpreisträger haben damals die Jerusalem-Frage und auch die Zukunft der jüdischen Radikalen-Siedlungen im Gaza-Streifen und im Westjordanland zurückgestellt. Sie hofften auf einen unumkehrbaren Prozess der gegenseitigen Annäherung – und auf ein Wunder.

Jizchak Rabin zahlte als Erster den bitteren Preis für seinen Optimismus. Am 4. November 1995 tötete der ultraorthodoxe jüdische Fanatiker Jigal Amir den Ministerpräsidenten, ein bis dahin von den auf radikale Palästinenser fixierten Sicherheitsdiensten nicht für möglich gehaltener „Brudermord“. Schimon Peres erlitt nach dem Nobelpreis die beiden demütigendsten politischen Niederlagen seines Lebens: Er verlor im Mai 1996 die Wahl gegen den konservativen Likud-Kandidaten Benjamin Netanjahu, der den Friedensprozess auf Eis legte; und er unterlag am 31. Juli 2000 bei der Wahl zum Staatspräsidenten als klarer Favorit dem so gut wie unbekannten Gegenkandidaten Mosche Kazaw.

Jassir Arafat, der Attentatsgewohnte, aber überstand jede Volte. Der Ex-Terrorist ist seit Januar 1996 Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde und da-

DPA

Camp-David-Gäste Barak, Arafat, Hausherr Clinton
An Höflichkeit überboten

Enttäuschte Hoffnungen

Fortschritte und Rückschläge auf dem Weg zum Frieden in Nahost

1967 Sechstagekrieg: Israel erobert Westjordanland, Gaza-Streifen, Sinai-Halbinsel, Golanhöhen und Ost-Jerusalem; Verteidigungsminister Dajan und Generalstabschef Rabin beten an der Klagemauer.

1973 Oktober-Krieg: Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens, Israel büßt den Mythos der Unbesiegbarkeit ein; sechs Monate später tritt Premier Golda Meïr zurück.

1974 Jassir Arafat spricht erstmals vor der Uno-Vollversammlung.

1977 Ägyptens Präsident Sadat redet vor der Knesset in Jerusalem.

1978 Gipfeltreffen von **Camp David** zwischen Begin, Sadat und Carter.

1979 Israelisch-ägyptischer **Separatfrieden:** Israel gibt schrittweise den Sinai an Ägypten zurück.

1980 Israel annektiert **Ost-Jerusalem.**

1982 Israelische Invasion des Libanon bis Beirut; israelische Armee unter Ariel Scharon greift beim Massaker an Palästinensern in den libanesischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila nicht ein.

1987 Intifada: Palästinenser beginnen Aufstand in den besetzten Gebieten.

1991 Golfkrieg um Kuweit, irakische Raketen treffen Israel.

1993 Unterzeichnung eines Interimsabkommens für die **Autonomie der Palästinenser**; Handschlag zwischen Rabin und Arafat vor dem Weißen Haus.

1994 Israel und die PLO unterzeichnen ein Abkommen über die Autonomie im **Gaza-Streifen** und in **Jericho** (Oslo I); der Israeli Baruch Goldstein erschießt 29 Muslime in Hebron; ein Hamas-Anschlag in Tel Aviv fordert 22 Tote; Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien.

1995 Rabin und Arafat unterzeichnen Abkommen über das **Westjordanland** (Oslo II); Ermordung Rabins am 4. November in Tel Aviv durch jüdischen Extremisten.

1997 Ahmed Jassin, Mitbegründer der Hamas, wird trotz lebenslanger Freiheitsstrafe nach acht Jahren von Israel freigelassen.

1998 Wye-Abkommen zwischen Israel und „Palästina“, Israels Premier Benjamin Netanjahu verzögert die Ausführung durch immer neue Bedingungen.

1999 Ehud Barak wird israelischer Premier; **Zwischenabkommen** in Scharm al-Scheich.

2000 Abzug Israels aus der so genannten Sicherheitszone im Südlibanon; das Gipfeltreffen zwischen Barak, Arafat und Clinton in **Camp David** endet am 25. Juli ergebnislos; nach einem Besuch des israelischen Hardliners Ariel Scharon auf dem Tempelberg in Jerusalem am 28. September beginnen die schwersten Unruhen seit der Intifada.

DER SPIEGEL

„Die Seele unseres Volkes bebt“

Arafat-Stellvertreter Mahmud Abbas über den Kampf der Palästinenser um Jerusalem

Der Jurist Abbas, 67, in der PLO bekannt unter seinem Kampfnamen „Abu Masin“, gehört zu den Vätern des Oslo-Abkommens.

SPIEGEL: Haben die israelischen Luftangriffe auf die Autonomiegebiete endgültig die letzten Hoffnungen auf Frieden begraben?

Abbas: Uns ist schon seit langem klar, dass Israel den Friedensprozess eigentlich beenden will. Die Israelis sind zu einem wirklichen Frieden noch nicht bereit. Sie wollen den Preis dafür nicht zahlen.

SPIEGEL: Welche Forderungen stellen Sie an Israel?

Abbas: Wir verlangen nur, was längst von den Vereinten Nationen gefordert wurde: Den Rückzug Israels aus den Gebieten, die es 1967 erobert hatte, also auch aus dem arabischen Ost-Jerusalem. Das ist unsere Hauptstadt, dort stehen unsere Heiligtümer. Die heiligen Plätze der Juden haben wir nie beansprucht. Alle Verhandlungen sind gegenstandslos, wenn diese Voraussetzungen nicht respektiert werden.

SPIEGEL: Wird es denn noch Verhandlungen geben? Palästinenserpräsident Jassir Arafat hat die israelischen Luftangriffe klipp und klar eine Kriegserklärung genannt.

Abbas: Weder Arafat noch irgendein anderer verantwortlicher Palästinenser hat den Friedensprozess aufgekündigt. Diesen Gefallen werden wir den Friedensfeinden auch nicht tun – selbst wenn sie uns noch so sehr unter Feuer nehmen.

SPIEGEL: Israel setzte die Hubschrauber und Panzer erst ein, nachdem in einer palästinensischen Polizeistation von Ramallah zwei israelische Soldaten vom Mob gelyncht worden waren.

Abbas: Solche Taten sind abscheulich, ganz gleich, ob die Opfer Palästinenser oder Israelis sind. Unsere Polizisten haben mit allen Mitteln versucht, die Israelis vor der aufgebrachten Bevölkerung zu schützen. Außerdem sind wir überzeugt, dass es sich bei den Opfern um keine gewöhnlichen Soldaten in Uniform handelte, sondern um Mitglieder der berüchtigten Sondereinheit des israelischen Geheimdienstes. Das ist keine Entschuldigung für die Tat, aber erklärt die rasende Volkswut.

SPIEGEL: Doch die Autonomieregierung hat die Massen nicht im Griff gehabt, wollte sie vielleicht auch gar nicht kontrollieren.

A. BRUTMANN

Palästinenser-Sprecher Abbas
„Ost-Jerusalem ist unsere Hauptstadt“

Abbas: Weder Arafat noch irgendein anderer kann auf eine bebende Volksseele einwirken. Ariel Scharon hat mit seinem Besuch an unseren heiligen Stätten den Volkszorn provoziert. Dass der israelische Ministerpräsident diese unerhörte Aktion genehmigte, war unverantwortlich. Da hatte selbst Baraks Vorgänger Netanjahu, der weiß Gott kein Palästinenserfreund ist und die Friedensverhandlungen von Oslo hintertrieb, ein feineres Gespür.

SPIEGEL: Aber warum hat Autonomiepräsident Jassir Arafat dann nicht unmissverständlich die Bevölkerung dazu aufgerufen, im Interesse des Friedens Ruhe zu bewahren?

Abbas: Die Jerusalem-Intifada war das Ventil für lange angestauten Frust. Seit Monaten stellen wir fest, wie sich die jüdischen Siedler, die ihre Zwingburgen in unserem Land errichtet haben, ungewöhnlich stark bewaffnen. Wir müssen erleben, wie die Israelis die Umsetzung der mit uns vereinbarten Verpflichtungen immer wieder hinausgezögert haben. Uns wird zugemutet, auf unsere heiligen Stätten endgültig zu verzichten und unsere Hauptstadt Israel zu überlassen.

SPIEGEL: Das ändert nichts am Versagen der palästinensischen Sicherheitskräfte, die sich nach israelischen Angaben Schusswechsel mit israelischen Soldaten geliefert haben.

Abbas: Unsere Polizisten wurden von Israelis angegriffen, als stellten sie eine feindliche Armee dar. Dabei wollte gerade unsere Polizei ihr Bestes tun, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.

SPIEGEL: An den Kämpfen waren angeblich auch die Tansim beteiligt, jene Untergrundarmee, die 120 000 Jugendliche rekrutiert und in geheimen Ausbildungslagern auf einen Zermürbungskrieg mit Israel vorbereitet haben soll.

Abbas: Das ist israelische Propaganda. Ich lade die Uno und alle anderen Zweifler dazu ein, sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, dass das alles Lügenmärchen sind.

SPIEGEL: Wie soll Israel noch an Arafats aufrichtigen Friedenswillen glauben, wenn er Mitglieder der islamistischen Kampforganisation Hamas aus den Gefängnissen entlässt?

Abbas: Auf freien Fuß gesetzt wurden einige wenige, die in Untersuchungshaft gesessen haben, denen wir aber nichts nachweisen konnten. Das haben wir den Israelis bereits haarklein erläutert.

SPIEGEL: In Kairo soll am Samstag eine arabische Gipfelkonferenz stattfinden. Was erwarten Sie von Ihren Brüdern?

Abbas: Dass sie uns auf allen Gebieten unterstützen. Ich glaube, die arabischen Monarchen und Präsidenten werden geeignete Mittel und Wege finden, um den Friedensprozess trotz allem wieder in Gang zu bringen.

Interview: Volkhard Windfuhr

Aufmarsch militanter Palästinenser in Nablus*: *„Besser in Würde sterben als ein Sklavenleben führen“*

AP

mit eines Staatswesens ohne zusammenhängendes Staatsgebiet. Zwar gibt es in Palästina inzwischen einen Flughafen, eine Staatsflagge und eine Fußball-Nationalmannschaft, aber das Land erinnert an Bantustan, an einen Flickenteppich von Israels Gnaden. Die Überland-Verkehrswege von und zu den palästinensischen Zentren Hebron, Nablus, Ramallah und Gaza-Stadt kontrollieren de facto weiterhin die Besatzer.

Trotz aller Fehlkalkulationen erwies sich der selbst erklärte Revolutionär zumindest bislang als politischer Überlebenskünstler, der aus jeder Krise scheinbar gestärkt hervorging. „Ich bin der Phönix, der aus der Asche steigt“, rühmt sich Arafat gern.

Wie ein Spieler, der seine gerade eingestrichenen Gewinne auf eine Karte setzt, um die Bank zu sprengen, scheint auch Arafat immer wieder bereit, alles zu riskieren – nur um dann letztlich doch zu verlieren. Mal versucht er es mit Friedensschalmeien. Aber wenn er Gewalt als Ass in seinem Ärmel wähnt, schreckt Arafat ganz offensichtlich auch vor ihrem Einsatz nicht zurück.

Die Folgen der eigenen Überschätzungen waren stets schwere Niederlagen: 1970 glaubte der Palästinenser-Führer, er könne Jordaniens König Hussein, in dessen Reich die PLO einen Kleinstaat errichtet hatte, herausfordern – und musste mit ansehen, wie die loyalen Beduinentruppen des Haschemiten-Herrschers die schlecht ausgestatteten PLO-Kämpfer im legendären „Schwarzen September“ aufrieben und aus dem Land jagten.

Gerade mal zehn Jahre später riskierte Arafat seine neue Heimstatt im Süden des Libanon. Von dort aus ließ er nicht nur das „zionistische Gebilde“ unter Beschuss nehmen, sondern kujonierte durch seine Kämpfer auch die libanesische Bevölkerung. Folge: Diese ließ eine eigene Miliz gegen die PLO-Truppen aufmarschieren, und die Regierung in Beirut sah mit klammheimlicher Freude zu, als Israel mit seinem Libanon-Feldzug 1982 die Palästinenser aus dem Lande jagte.

„Der neue Held der Straße wettert gegen Willkür in Arafats Apparat“

Und auch 1990 verlor Arafat wieder alles. Die Weltgemeinschaft hatte gerade begonnen, dem einstigen Outlaw die Wandlung vom Terroristen zum Staatsmann ohne Staat abzunehmen, da verspielte Arafat seinen gewonnenen Kredit. Im Golfkrieg um Kuweit schlug sich der PLO-Führer aus dem Exil in Tunis mit flammenden Reden auf die Seite des irakischen Aggressors Saddam Hussein.

Dass Arafat im nahöstlichen Machtpoker trotz solcher Niederlagen weiter mitspielen konnte, verdankte er einer Bewegung, die im Dezember 1987 weitgehend ohne sein Zutun entstanden war – der Intifada, dem Aufstand der jugendlichen Steinewerfer im Gaza-Streifen und Westjordanland.

Der Aufstand der Jugendlichen führte letztlich zur Kompromissbereitschaft Israels, dessen Bevölkerungsmehrheit einzu-

Arafats Truppen

Allgemeiner Sicherheitsdienst
Dachorganisation der offiziellen palästinensischen Einheiten

- **Nationale Sicherheitskräfte**
  mehr als 14 000 Mann
  überwachen die Grenzen der palästinensischen Autonomiegebiete und sind für die Sicherheit in den Städten verantwortlich
- **Polizei**
  über 10 000 Ordnungshüter
- **Allgemeiner Nachrichtendienst**
  etwa 3000 Agenten
- **Präventive Sicherheitskräfte**
  fast 5000 Agenten
  größter Geheimdienst der Palästinenser
- **Küstenwache**
  ungefähr 1000 Mann
  verfügt über fünf mit Maschinengewehren ausgerüstete Motorboote

DPA

Zusätzliche Institutionen unter Kontrolle Arafats

- **Spezielle Sicherheitskräfte**
  streng abgeschirmte Sondertruppe zur Überwachung der anderen Geheimdienste, versorgt Arafat mit Hintergrundinformationen aus dem Behördenapparat
- **Sicherheitsdienst des Präsidenten**
  3000 Gardisten (geschätzt)
  Leibgarde Arafats und hoher Funktionäre, wird auch zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt
- **Flugbereitschaft**
  kleine Sondereinheit
  mit fünf Hubschraubern zur Personenbeförderung

DER SPIEGEL

* Am vergangenen Dienstag.

REUTERS

Muslime beim Gebet in Ost-Jerusalem, Besatzer
„Eine Tragödie ohne Katharsis“

sehen begann, dass Besatzung auf die Dauer vor allem den Besetzer korrumpiert. Und dass der permanenten Auseinandersetzung ein vernünftiges Zusammenleben mit den Nachbarn vorzuziehen ist. Der Prozess führte nach Oslo, zur palästinensischen Autonomiebehörde und zu Milliardenzahlungen an ihren ersten Präsidenten, den alten Kämpfer Arafat.

Doch auf Prosperität und wahre Demokratie warten die Palästinenser in den Autonomiegebieten weitgehend vergebens – und wohl nur die borniertesten Arafat-Anhänger geben daran allein der israelischen Knebelpolitik die Schuld. Der Palästinenser-Führer, zürnt sein langjähriger Weggefährte, der Schriftsteller Edward Said, habe „sein Land mit falschen Versprechungen in die Irre geführt und sich hinter einer Batterie korrupter Beamter verschanzt, die kommerzielle Monopole kontrollieren, obwohl ihre Verhandlungen im Namen Arafats von Inkompetenz und Schwäche künden“.

Und die Schlachtrufe der arbeitslosen Jugendlichen von Gaza-Stadt und Ramallah schienen die Kritik des palästinensischen Intellektuellen Said vergangene Woche zu bestätigen: „Wir haben seit Oslo nichts gewonnen und heute nichts zu verlieren“, brüllten die Aufständischen und ließen sich von Israels Aufmarsch nicht schrecken – und von Arafats nur leicht bewaffneten Sicherheitskräften schon gar nicht, sofern die überhaupt eingriffen.

So war die neue, die „Aksa-Intifada“, wie sie bei den Jugendlichen heißt, nur bedingt ein Aufstand gegen die israelische Übermacht. In den Krawallen entlud sich auch der Frust der enttäuschten Steine-Generation über Korruption, Ungerechtigkeit und Unfähigkeit der eigenen Palästinenser-Führung, die ihnen weder Arbeit noch große Freiheiten oder gar westliche Demokratie gebracht hat.

Der bedrückende Verdacht: Sollte Arafat die Krawalle gar bewusst initiiert haben, um die wachsende Frustration in der eigenen Bevölkerung von sich abzulenken?

So viel ist sicher: Mit jedem weiteren toten Palästinenser-Kind, das im Hagel der israelischen Geschosse und Luftangriffe starb, scharte sich die Bevölkerung kurzfristig, und nach außen hin eindrucksvoll, wieder hinter ihrem „Raïs“, ihrem Führer, wie schon lange nicht mehr. Israels „exzessive Gewalt“ (Palästinenser-Unterhändler Erekat) führte zu einer Solidarität von Arabern in Israel mit Palästinensern jenseits der grünen Linie. Und sie bescherte dem Palästinenser-Führer gesamtarabische Beistandserklärungen vom Paria Saddam Hussein bis zum Saudi-König Fahd, um die sich Arafat jahrzehntelang vergebens bemüht hatte.

Aus Bagdad droht der Despot Saddam mit dem Marsch der 500 000 auf Jerusalem

Dennoch hat sich der alte Taktierer langfristig vermutlich wieder einmal verrechnet und mit der Gewalt erneut die falsche Karte gezogen. Zwar konnte er noch einmal die Stunde der Wahrheit aufschieben, in der er hätte eingestehen müssen, dass er seine Versprechungen eines Palästinenser-Staates mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem in absehbarer Zeit nicht einlösen kann. Dass der Preis für die eigene Wahrung des Gesichts der Rückfall Palästinas in die „Steine-Zeit“ ist, nimmt Arafat dabei – so scheint es – billigend in Kauf.

Doch mehr als je zuvor ist der Überlebenskünstler diesmal auch persönlich angeschlagen. Dem 71-Jährigen, dessen zittrige Lippen seit langem Gerüchte von Parkinsonscher Krankheit nähren, brach in der jüngsten Krise ein Teil der Hausmacht weg. Trotz seiner mindestens sieben Sicherheitsdienste, mit denen Arafat die Autonomiegebiete kontrolliert, hörten weite Teile der radikalen Jugendgruppe „Tansim“ (deutsch: Organisation) wohl nicht mehr auf den PLO-Führer. Der neue Held der Straße heißt Marwan Barghuti.

Der ehemalige Generalsekretär der Fatah – Arafats eigener Kampfgruppe innerhalb der PLO – im Westjordanland war einst einer der führenden Köpfe des palästinensischen Widerstands und büßte dafür sechs Jahre in israelischer Haft. In seiner Heimat bei Ramallah gilt er als Held, der trotz gemeinsamer Jahre mit Arafat im Exil nicht zum „tunesischen Filz“ gehört, im Gegenteil. In aller Öffentlichkeit wettert Barghuti, 41, gegen Korruption und Willkür in Arafats Apparat – und schreckt auch nicht vor persönlichen Angriffen auf den Autonomiepräsidenten zurück. „Arafat kann seinen Sicherheitsleuten Anweisungen geben, aber nicht der Bevöl-

REUTERS

kerung“, kritisiert der Tansim-Führer dessen autokratischen Führungsstil.

Wie groß Arafats Angst insgeheim wohl sein muss, von machtbewussten Führern wie Barghuti entmachtet oder gar aus Palästina vertrieben zu werden, lässt eine Drohung des Herausforderers von Ramallah erahnen. Der fordert als Gegenleistung für ein Ende der Proteste die komplette Räumung der besetzten Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalems. „Wenn Arafat uns weniger bringt als das“, so Barghuti, „wird er seinen Lebensabend nicht dort verbringen, wo er es möchte – bei uns.“

Dass Arafat die eigene Lage ernst einschätzt, zeigte eine streng geheime – und energisch dementierte – Kontaktaufnahme des Autonomieführers mit seinem alten Gastland Tunesien. Persönlich soll Arafat bei Staatspräsident Sein al-Abidin Ben Ali vorgefühlt haben, ob man ihm ein zweites Mal Exil gewähren würde – der Bescheid war angeblich positiv.

Auch Jassir Arafats früherer Friedenspartner und jetziger Gegenspieler auf israelischer Seite steht unter Druck. Barak hat seine Mehrheit im Parlament verloren, er liegt in Meinungsumfragen hinter seinem Uralt-Konkurrenten Netanjahu, den ein Gericht gerade vom Korruptionsvorwurf freigesprochen hat und der nun auf ein politisches Comeback hofft. Das außerparlamentarische Friedenslager der „Frieden Jetzt“-Bewegung, sonst immer auf der Seite einer Arbeitspartei-Regierung, ist zur Unkenntlichkeit geschrumpft. Angesichts der Eskalation wirken ihre Zeitungsanzeigen eher rührend: „Es ist immer noch nicht zu spät, um eine Zukunft des Friedens und der Koexistenz zu bauen.“

Die wahre Gefahr für das Land ist das Potenzial an Gewalt unter den Arabern in Israel

Ehud Barak, 58, wirkt in diesen Tagen wie ein Gehetzter. Bei Fernsehauftritten stottert er und wird dann unvermittelt aggressiv. Er gibt sich kämpferisch und ist dabei doch erkennbar ratlos, zutiefst verstört. Winkt der kleingewachsene Mann mit dem Igelgesicht und den dunklen Knopfaugen schon mal, was er nur noch selten tut, einer Menschenmenge zu, wirkt er wie ein ferngesteuerter Roboter. Er hat Freunde in der Politik nie gesucht und immer seinen eigenen Fähigkeiten und seiner eigenen Brillanz vertraut. Jetzt, da er Freunde gut brauchen könnte, sind sie nicht da.

Dieser verbitterte Mann hat nicht mehr viel gemein mit dem Zukunftsoptimisten, dem Alleskönner, der vor 17 Monaten nach einem strahlenden Sieg sein Amt übernahm. Barak war bis dahin so ziemlich alles gelungen, was er anfasste. Mit 17 Jahren trat der Sohn von aus Polen eingewanderten Juden, der in einem Kibbuz aufwuchs, als Offziersanwärter in die Armee ein. „Blitz“ (was Barak übersetzt heißt) machte eine militärische Blitzkarriere.

Er war beim Nachrichtendienst und befehligte bald eine geheime Elite-Einheit für besondere Aufgaben. Er verbarg sich, als Frau verkleidet, auf Schlauchbooten und fuhr übers Meer ins Feindesland nach Beirut; dort tötete sein Trupp drei hochrangige Palästinenser-Führer, die von Israel für Drahtzieher des Münchner Olympia-Massakers gehalten wurden. Er verschleppte die Geheimakten der PLO. Fast hätte Barak damals schon Arafat getroffen – der war zwar kein Ziel des Kommandounternehmens, hielt sich aber zufällig in der Nacht der Nächte ganz in der Nähe auf.

Barak fiel jedoch nicht nur als Draufgänger und unerschrockener Haudegen auf; er zeigte sich als Panzerkommandant und Chef des militärischen Geheimdienstes auch als Stratege. Auf Bitten seines Mentors Jizchak Rabin trat Barak in die Arbeitspartei ein, nachdem er an der Jerusalemer Universität und in Stanford, USA, Studien in Physik und Systemanalyse erfolgreich abgeschlossen hatte. Israels höchst dekorierter Offizier sammelte als Innen- und Außenminister unter Rabin und Peres politische Erfahrungen, bevor er im Frühjahr 1997 den Vorsitz der Arbeitspartei übernahm und zwei Jahre später zum Premier gewählt wurde.

In den ersten Monaten seiner Amtszeit gab er sich zunächst als Pragmatiker, der den Friedensprozess anders als Netanjahu vorantrieb, ihn aber längst nicht so überschwänglich positiv sah wie Peres. „Das Wesentliche ist, dass es keinen Rückzug auf die Grenzen von 1967 vor dem Sechstagekrieg geben wird. Wir werden auch keinem palästinensischen Flüchtling die Rückkehr nach Israel erlauben“, sagte Barak im vorigen Herbst dem SPIEGEL. Und, wie eine Ankündigung dessen, was letzte Woche geschah: „Wir leben in einer schwierigen Weltgegend, wir sind nicht die Niederlande. Hier gibt es kein Mitleid, keine zweite Chance.“

REUTERS

PLO-Führer Arafat, Uno-Chef Annan: *Vermittlung versucht*

Barak hat seinen Partner Arafat nie gemocht, aber er dachte, er könnte ihn richtig einschätzen – und ist nun maßlos enttäuscht. Er hatte, reichlich naiv, in Camp David sein „endgültiges“ Angebot in Sachen Jerusalem unterbreitet und musste feststellen, dass Arafat tatsächlich gemeint hatte, was er in Sachen Ost-Jerusalem immer gesagt hatte: keine Kompromisse; dass der Palästinenser auf Zeit spielte – und zur Not eben wieder auf Gewalt setzte.

Barak erwarb sich bei der palästinensischen Bevölkerung schon vor der jetzigen Eskalation wenig Sympathien. Im Alltag hatte der neue israelische Premier die harte Okkupationspolitik seines Vorgängers einfach fortgesetzt – nur dass diesmal die internationale Kritik weitgehend ausblieb.

Der anhaltende Siedlungsbau, Hauszerstörungen, Schikanen der Militärs und der israelischen Behörden haben die Palästinenser zermürbt. Die brutale „Bestrafung“ durch die Israelis hat den Willen zum Widerstand eher verschärft. „Es ist besser, in Würde zu sterben, als ein Sklavenleben zu führen“, sagt in den jetzigen Kampfzeiten stellvertretend für viele der Studenten Dschihad Fausi aus Gaza-Stadt.

Im Konflikt zwischen dem historischen Kompromiss und der Befriedung des jeweiligen eigenen Lagers haben sich beide Kontrahenten in Nahost für die Heimatfront entschieden. Wieder einmal heißt die nahöstliche Devise: Kleinmut – statt Mut.

Barak dürfte sich mit der Bildung einer parteienübergreifenden Notstandsregierung allenfalls eine Atempause verschafft haben. Er steht auch noch wegen seiner Libanon-Politik unter Druck. Denn der Lynchmord ist schon die zweite Schmach für die stolze israelische Armee: Vorvergangenes Wochenende wurden drei IDF-Soldaten von Hisbollah-Milizen in den Libanon entführt, um deren Freilassung sich die Uno bemühte. Dieses blamable Kidnapping sei nur möglich gewesen, so die rechten Nationalisten, weil Barak mit seinem „freiwilligen“ Rückzug aus dem Südlibanon im Mai das Abschreckungspotenzial Israels verringert habe.

Ob es nun in Israel bald vorgezogene Wahlen gibt und der Rechtsruck – wie viele Kommentatoren meinen – Barak in die politische Wüste und Scharon (oder eventuell Netanjahu) wirklich ins Amt spült, ist nicht sicher. Ganz sicher aber ist, dass sich jeder israelische Premier mit einem Furcht erregenden Phänomen beschäftigen muss: dem neuen Gewaltpotenzial unter Israels arabischen Mitbürgern, die 18 Prozent der israelischen Bevölkerung stellen.

Denn das war vielleicht die hässlichste Überraschung, die den Israelis die neue

Beschädigter US-Zerstörer „Cole“, verletztes Besatzungsmitglied: *„Von langer Hand geplant“*

NAVY VISUAL NEWS SERVICE / DPA (li.); DPA (re.)

Salutierend in den Tod

Nach dem Anschlag auf ein US-Kriegsschiff im jemenitischen Aden sucht Washington die Drahtzieher.

Ich lebe, und mir geht es gut“, schrieb Kesha Stidham, 19, per E-Mail ihrer Mutter in der fernen Texas-Hauptstadt Austin. Ihr Schiff, der US-Zerstörer „Cole“, hatte gerade den Suezkanal mit dem Ziel Persischer Golf durchlaufen und bereitete sich auf einen mehrstündigen Tankstopp in der jemenitischen Hafenstadt Aden vor.

Nur Stunden später gehörte die junge Navy-Frau zu den Opfern des Terroranschlags, der um 12.15 Uhr Ortszeit ein riesiges, 90 Quadratmeter großes Loch in die 1,3 Zentimeter dünne, stählerne Außenwand des Kriegsschiffes riss. In dem Inferno starben 17 der 350 Besatzungsmitglieder, etliche wurden von der Gewalt der Detonation so zerfetzt, dass ihre Körper unauffindbar waren. Von mindestens drei Dutzend zum Teil lebensgefährlich Verletzten wurden mehr als 30 nach Deutschland in amerikanische Militärhospitäler ausgeflogen.

Alles deutete nach Erkenntnissen im Washingtoner Verteidigungsministerium auf einen Selbstmordanschlag hin: Ein Boot, das zunächst beim Vertäuen der „Cole“ an einer Boje in scheinbar sicherer Lage mitten in einer besonders bewachten Hafenzone geholfen hatte, machte unversehens kehrt und legte sich an die Backbordseite des Besuchers aus Amerika.

Verwundert beobachteten Augenzeugen, wie die beiden Bootsinsassen plötzlich strammstanden und salutierten. Sekunden später verschwanden die unheimlichen Helfer in einer gigantischen Explosion, die in ganz Aden zu hören war. Zurück blieb der leckgeschlagene Zerstörer der Arleigh-Burke-Klasse, dessen Besatzung Stunden brauchte, um das schnell einströmende Wasser aufzuhalten und die „Cole“ vor dem Sinken zu bewahren.

Ein „Insider-Job“ und „von langer Hand“ geplant sei der Anschlag gewesen, urteilten amerikanische Experten. An eine Blitzreaktion amerikafeindlicher Gruppen auf die sich zur gleichen Zeit dramatisch zuspitzende Lage im Nahen Osten mochten sie dagegen nicht glauben.

Gleichwohl passt der Anschlag haargenau in das Muster der Gewalt gegen Israel und dessen westliche Verbündete, welche die ganze Region zu überfluten droht. Keine 24 Stunden nach dem Kamikaze-Angriff auf die „Cole“ detonierte eine Bombe auf dem Gelände der britischen Botschaft in Jemens Hauptstadt Sanaa.

Für den Wüstenstaat, dessen verfeindete Clans sich seit Jahren aus den Lösegeldern für ihre – vorwiegend westlichen – Entführungsopfer finanzieren, kam der Anschlag wenig überraschend.

Tagelang waren Demonstranten mit antiamerikanischen und israelfeindlichen Parolen durch die jemenitische Hafenstadt gezogen, die von der US-Navy lange Zeit gemieden wurde.

US-Terrorismusbekämpfer hatten acht militante Gruppen identifiziert, die Stützpunkte in dem immer wieder von Unruhen geschüttelten Armenhaus Arabiens unterhalten, darunter die palästinensische Hamas-Bewegung und die algerischen Fundamentalisten der „Bewaffneten Islamischen Gruppe“. Der Tankstopp der „Cole“ war der dritte US-Flottenbesuch in Aden während der vergangenen zwölf Monate.

Nun bereitet sich die Supermacht erneut auf Anschläge gegen US-Einrichtungen in aller Welt vor. Sie ist stets bereit, den Staatsfeind Nummer eins zu beschuldigen, den ausgebürgerten saudi-arabischen Multimillionär Ussama Ibn Ladin. Den hatte Washington schon als Auftraggeber der Bombenanschläge im August 1998 gegen die US-Botschaften in Daressalam und Nairobi ausgemacht, bei denen mehr als 220 Menschen starben.

Fundamentalistische Glaubenskrieger aus dem Ibn-Ladin-Umfeld werden nun auch hinter dem offenbar präzise vorbereiteten Angriff auf die „USS Cole“ vermutet. Der meist gut unterrichtete private US-Informationsdienst „Stratfor“ sieht Hinweise auf „zwei Terrorgruppen: eine von Ägypten aus operierend, die andere im Jemen zu Hause“. Beide pflegen „enge Verbindungen“ zu Ibn Ladin, dessen Familie aus dem südjemenitischen Hadramaut stammt.

Die jemenitische Islah Partei und vor allem ihr „militanter Flügel“ hat wiederholt die amerikanische Präsenz im Jemen scharf kritisiert. Sie verfügt über die Infrastruktur für einen derartigen Anschlag. Das gilt auch für die ägyptische Fundamentalistentruppe „al-Gamaa al-Islamija“, die ebenfalls seit langem die Anwesenheit der Amerikaner im Nahen Osten beklagt.

Gamaa-Sprecher Umar Bakrit gab denn auch am Freitag in London ein Bekenner-Kommuniqué heraus: Seine Gruppe sei für die Anschläge gegen Amerikaner und Briten verantwortlich, weitere würden folgen.

Gelingt es Washington, die Täterschaft der militanten Muslime nachzuweisen, gilt es als sicher, dass Präsident Bill Clinton die Schraube der Gewalt weiterdrehen wird – mit einem vernichtenden Gegenschlag.

SIEGESMUND VON ILSEMANN

Intifada bescherte. Auch im israelischen Stammland begehren die Araber auf. Selbst im schicken Jaffa, einem Vorort von Tel-Aviv, kam es zu Übergriffen. Der Schock über diese Entwicklung sitzt so tief, dass nach einer Umfrage aus der letzten Woche 70 Prozent den Konflikt zwischen Juden und Arabern innerhalb Israels – und nicht den mit den Palästinensern – für die größte Gefährdung des Staates hielten.

Weniger zu befürchten hat Barak wohl von den arabischen Nachbarstaaten. Zwar wird überall das israelische Vorgehen scharf verurteilt, und natürlich fehlt auch die übliche martialische Rhetorik nicht. Besonders die neuen Herrscher achteten aber auf Mäßigung. In Jordanien spendete der junge König Abdullah höchstpersönlich Blut für die „Brüder“ in den Krankenhäusern, schreckte jedoch vor einer Generalmobilmachung zurück. In Syrien hat Präsident Baschir al-Assad, der junge Sohn des verstorbenen „Löwen“, sich beim Säbelrasseln zurückgehalten.

Nur von der Hisbollah aus dem Libanon und vor allem aus dem Irak Saddam Husseins kamen handfeste Drohungen: Diktatorensohn Udai, meldete die Presse, stehe mit einem Heer von 500 000 Freiwilligen bereit, „den Marsch auf Jerusalem anzutreten“. Dass Saddam seine internationale Isolierung aufbricht, dass russische, aber auch französische Flugzeuge das Uno-Embargo unterlaufen, zählt zu den großen Niederlagen des scheidenden Präsidenten Bill Clinton – genau wie der militärische Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern.

„Wir leben in einer schwierigen Weltgegend, hier gibt es keine zweite Chance“

Für den Frieden im Nahen Osten hat sich Clinton besonders engagiert, in seinen letzten Amtswochen wird er als „lame duck“ nicht mehr viel bewegen können, obwohl er auch weiterhin versucht, die Kontrahenten an einen Tisch zu bringen.

Die Hoffnungen auf eine Zukunft im Frieden sind im Nahen Osten so rasch zerstoben, dass viele Israelis es kaum fassen können. Vor drei Wochen kauften sie noch auf palästinensischen Märkten ein, fuhren ins Spielcasino nach Jericho, bummelten durch die Altstadt von Jerusalem. Die Taube war ein Symbol, und überall hingen noch Bilder vom Dreiergipfel, bei dem Clinton, Arafat und Barak für die Fotografen Händchen hielten und scherzten.

Heute sind die Symbole andere: Für die Palästinenser ist es das Bild des zwölfjährigen Jungen Mohammed al-Durra, der ängstlich in die Arme seines Vaters gedrückt, im Kugelhagel der Israelis starb; das Bild ihrer zerstörten Moschee in Tiberias, mit deren Steinen triumphierende Juden spielten. Für die Juden ist das immer wiederkehrende Bild das vom zerstörten Grab des biblischen Josef in Nablus, auf dem Palästinenser tanzten – und natürlich die in TV-Zeitlupe gesendete Lynchjustiz an ihren jungen Soldaten.

Wann wird die Gewalt enden, wo doch jeder weiß, dass man sich eines Tages wieder mit konkreten Vorschlägen an einen Verhandlungstisch setzen muss? Ist die blutige Gegenwart auch die Zukunft, zu der Juden und Araber verdammt sind?

„Solange dein Nachbar dein Feind ist, wird dein Haus kein Heim sein, sondern eine Festung“, sagt ein altes Sprichwort. Es ist Juden wie Arabern geläufig, vermutlich ein gemeinsames Erbe dieser beiden so verwandten, so verfeindeten Völker.

Dieter Bednarz, Erich Follath, Annette Grossbongardt

YAGHOBZADEH / SIPA PRESS (gr.); AFP / DPA (kl.)

Israelische Panzer vor Beit Jala, Befehlshaber Barak: *„Arafat ist kein Friedenspartner“*